



SPD

BASis Info 2/2010

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die ersten hundert Tage seit der Bundestagswahl habe ich hinter mir. Leider musste ich im Dezember krankheitsbedingt ein paar Wochen aussetzen. Trotzdem konnte ich mich in die neuen Abläufe einarbeiten und meine Büros in Duisburg und Berlin aufbauen. Jetzt bin ich wieder fit und konnte am 21. Januar auch meine erste Rede im Deutschen Bundestag halten.

„Wir leisten uns für fast 30 Milliarden Euro eine qualitativ hochwertige ambulante Versorgung. Wir sind aber offensichtlich nicht in der Lage, diese immer zielgenau dort hin zu steuern, wo die Menschen sie brauchen“, habe ich bei meiner Rede wörtlich gesagt und dabei auch die Situation in Duisburg konkret angesprochen: „Auch Städte wie Duisburg haben laut Statistik der KV eine ausreichende oder sogar Überversorgung mit Haus- und Fachärzten. Trotzdem gibt es sozial schwache Stadtteile, in denen z. B. kein Kinderarzt mehr zu finden ist“. Die vollständige Rede können Sie [hier als Video](#) oder [hier im Protokoll](#) nachverfolgen.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Bei meiner ersten Rede im Deutschen Bundestag

In Duisburg musste auch ich mit ansehen, dass die Arbeitslosenquote im Januar von 12,9 auf 13,3 Prozent gestiegen ist. 32.551 Männer und Frauen sind in meiner Heimatstadt arbeitslos. Das sind über 1000 mehr als im Dezember und nicht zu vergessen: 29.302 Menschen arbeiten zur Zeit „kurz“. Johannes Pflug und ich wollen zur Arbeitsmarktpolitik in den nächsten Wochen eine Veranstaltung organisieren. Wir bleiben dran, während CDU/CSU und FDP die Städte wie Duisburg in den Ruin treiben.

Obwohl die Gewerbesteuer-einnahmen eingebrochen sind - in Duisburg 2009 allein um über 56 Prozent - belastet die Bundesregierung die

Kommunen zusätzlich mit 1,6 Milliarden Euro durch das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Als Anhängerin einer lebhaften Demokratie möchte ich Sie auch auf die Petition ["Rücknahme des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes"](#) hinweisen. Jetzt drohen aber noch weitere Belastungen durch die Pläne zur Reform der Jobcenter von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen. Das ist das letzte was die Menschen in Duisburg brauchen.

Wir brauchen eine Grundgesetzänderung bei den Jobcentern und kluge Maßnahmen wie den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ im [Entwurf des Landtagswahlprogrammes der NRWSPD](#) zur Stärkung der Kommunalfinanzen.

Ach ja, Mitte Februar ziehe ich übrigens in meine Büroräume in der Liegenschaft „Unter den Linden 50“, in die direkte Nachbarschaft von Johannes Pflug. Ich freu mich drauf.

Ihre



Von der Merkel-Prämie zur Kopfpauschale

Stichwort: Zusatzbeiträge der Krankenkassen

„Die Zusatzbeiträge sind eine Merkel-Prämie. Die Kanzlerin hat das in der Großen Koalition durchgesetzt.“ Das sagt der FDP-Landesvorsitzende in NRW, Andreas Pinkwart, am 1. Februar 2010 im „SPIEGEL“ und hat damit ausnahmsweise mal Recht. Angela Merkel spielt jetzt die Empörte, aber das ist schlichtweg unehrlich. Die Zusatzbeiträge wurden bei der letzten Gesundheitsreform von der CDU-Bundeskanzlerin in letzter Sekunde aus dem Hut gezaubert. Ulla Schmidt konnte zumindest noch die 1%-Belastungsgrenze einziehen, aber heute wird immer deutlicher: Die Zusatzbeiträge sind der Einstieg in die Kopfpauschale. Sie sind zwar auf 1% der beitragspflichtigen Einkommen begrenzt, die CDU will diese Begrenzungen aber lockern oder ganz entfernen.

Dieses Jahr wird eine erhebliche Zahl an Versicherten von Zusatzbeiträgen betroffen sein. Die Grenze von 8 Euro, bis zu der keine Einkommensprüfungen erfolgen müssen, wird nicht eingehalten, denn den Kassen entstehen weitere Belastungen durch wachsende Ausgaben und krisenbedingte Einnahmeausfälle. Der Schätzerkreis beim Bundesversicherungsamt geht für 2010 von einem Defizit in Höhe von 7,9 Milliarden Euro aus. Durch

den einmaligen zusätzlichen Bundeszuschuss in Höhe von 3,9 Milliarden Euro wird nicht einmal die Hälfte dieses Defizites gedeckt. Das Geld aus dem Gesundheitsfonds wird die Ausgaben der Kassen nicht decken können. Kaum eine Krankenkasse verfügt zudem noch über Rücklagen oder Vermögen. Der Zusatzbeitrag bleibt für die Krankenkassen als letztes Mittel der Mittelbeschaffung übrig, aber er ist ein sehr ineffizientes Mittel: Die angekündigten 8 Euro müssen sich die Kassen selbst bei den Versicherten holen. Sie rechnen mit einem Verwaltungsaufwand von 2 Euro: Ein Viertel der Zusatzbeiträge geht für Bürokratie drauf.

Zusatzbeiträge sind die faktische Festschreibung des Arbeitgeberanteils und ein weiterer Schritt zur gänzlichen Aufhebung der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems. Diese Beiträge müssen von den Mitgliedern alleine bezahlt werden. Zudem haben sie einen Umverteilungseffekt: Sie entlasten höhere Einkommen und belasten niedrige Einkommen stärker. Die Krankenkassen könnten den Zusatzbeitrag auch prozentual und einkommensabhängig erheben. So wie es aussieht, wird der Zusatzbeitrag jedoch pauschal erheben. Das ist der Einstieg in die Kopfpauschale.

Wir Sozialdemokraten fordern daher aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit die Zusatzbeiträge abzuschaffen. Wir werden dazu einen Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen. Die SPD hat sich bereits im Wahlprogramm dafür ausgesprochen, dass der Gesundheitsfonds zu 100 Prozent aus Beitragseinnahmen und Steuerzuschüssen finanziert wird und dass es eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung geben muss. Der Beitragssatzanteil von 0,9 Prozentpunkten, der von den Mitgliedern alleine zu tragen ist, muss ebenfalls gestrichen werden. Statt dessen sollen die Beiträge in Zukunft wieder paritätisch je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden. Zudem muss die GKV, um die Folgen der Finanzkrise abzufedern, kurzfristig zusätzliche Steuermittel erhalten.

Davon unabhängig muss Gesundheitsminister Philipp Rösler endlich handeln, um die ausufernden Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung in den Griff zu bekommen und nicht bis zur Landtagswahl in NRW mit den Grausamkeiten warten.

Häufig gestellte Fragen und praktische Antworten zu den Zusatzbeiträgen finden Sie zum Download oder Nachlesen auf www.baerbelbas.de.



Mein Praktikum bei Bärbel Bas

Mein Name ist Valerie Dahmen und ich bin 16 Jahre alt. Ich besuche die Oberstufe des Landfermann Gymnasiums in Duisburg. Für alle Schüler der Jahrgangsstufe elf ist es verpflichtend, ein Schülerpraktikum durchzuführen. Das erste Quartal der 11 verbrachte ich fast komplett im Ausland, da ich bis September im warmen Brasilien verweilte und fast den ganzen November in China war. In beiden Ländern besuchte ich als Austauschschülerin die internationalen Partnerschulen meines Gymnasiums und wohnte in Gastfamilien, um einen Einblick in die zwei außergewöhnlichen Kulturen zu bekommen.



Praktikantin Valerie Dahmen

In China, in meinem „Heimatort“ Chengdu, traf ich auf den NRW Landesminister Jürgen Rüttgers, so dass ich bei diesem Auslandsaufenthalt auch das erste Mal stärker in Berührung mit der deutschen Politik gekommen bin. Doch relativ schnell merkte ich, dass ich den Kurs den die CDU, vor allem in Duisburg, einschlägt nicht für vertretbar hielt.

So versuchte ich mein Glück bei der Duisburger Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und schickte mein Bewerbungsschreiben nach Berlin. Doch leider konnte mir kein Praktikum im Bundestag ermöglicht werden, da das Berliner Büro von Bärbel Bas noch nicht fertig gestellt worden war. Stattdessen bot mir Frau Bas an, das Praktikum im Wahlkreisbüro in Duisburg zu machen. So trat ich also am 18. Januar mein Praktikum im Büro auf der Krummacherstraße an.

Hier geht's weiter im Text auf www.baerbelbas.de

Neujahrsempfang im „Kleinen Prinz“

Am 9. Januar hatte ich die Vorsitzenden der SPD-Ortsvereine und Mandatsträger meines Wahlkreises zu einem Neujahrsempfang ins Café „Der kleine Prinz“ eingeladen. Obwohl ganz Duisburg an diesem Wochenende zugeschneit war, diskutierten wir mit rund 25 Leuten über unsere Vorstellungen für die zukünftige Zusammenarbeit. Hier finden Sie Bilder vom Neujahrsempfang 2010.

Bei der Begrüßung habe ich erklärt, dass ich mich mit den engagierten SPD-Mitgliedern für eine gerechte sozialdemokratische Politik in meinem Wahlkreis einsetzen werde. Dabei stellte ich auch mein neues Team und mein Konzept für eine „rollende Bürgersprechstunde“ vor.



Bärbel Bas im Gespräch

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++Gremiensitzung der SPD-Region-Niederrhein+++

+++05.02.: Karnevalsfeier bei der SPD-Asterlagen+++

+++07.02.: Frühshoppen der KG Schlappe Orgel im Bienenkorb+++

+++08.-10.02.: Sitzungswoche im Bundestag +++

+++11.02.: Altweibersitzung der Ehrengarde in der alten Feuerwache Hochheld+++

+++15.02.: Rosenmontagszug in Duisburg+++

+++19.02.: Informationsgespräch mit Krankenpflegeschülern+++

+++22.-26.02.: Sitzungswoche im Bundestag+++

+++26./27.02.: Landesparteitag der NRWSPD+++



Neues am Ende



Jugendmedienworkshop in Berlin

Die Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug rufen junge Journalisten aus Duisburg zur Teilnahme am Jugendmedienworkshop des Deutschen Bundestages auf. Vom 14. bis 19. März blicken die Jugendlichen hinter die Kulissen der Berliner Mediendemokratie. Bewerben können sich Jugendliche (16-20 Jahre), weitere Informationen stehen auf der Homepage [„bundestag.jugendpresse.de“](http://www.bundestag.jugendpresse.de). Bewerbungsschluss ist der 14. Februar 2010.



„**Neudorferin des Jahres**“: Eine besondere Ehre hatte ich beim Bürgerverein Neudorf: Ich durfte die Laudatio für die „Neudorferin des Jahres“ Elisabeth Hofmann halten und die Arbeit ihres Regenbogen-Vereins ehren.

Neues aus meinem Tagebuch

Am Montagmorgen lese ich im Flieger gerne den Spiegel, manchmal auch den Kicker, was Frau halt so liest. Was der Mann so liest, der letzten Montag neben mir saß? „Eine Gala und eine Bunte, bitte“. Da musste unsere Stewardess gleich doppelt nachfragen, wer jetzt welche Zeitschrift lesen möchte. Rollentausch über den Wolken.

In diesen Wintertagen funktioniert die Straßenreinigung in Duisburg viel besser als in Berlin. Dort wird nur da gestreut, wo Staatsbesuche anstehen. Das bringt den Fahrdienst des Bundestages auf gute Ideen: „Empfang Sie den Israelischen Präsidenten doch bei sich zu Hause, dann komm ich besser mit dem Auto durch zu ihnen“. Wird gemacht, nächstes Mal.

Meine erste Besuchergruppe waren 22 Schüler und Lehrer aus Rheinhausen vom Willy-Brandt-Berufskolleg. Wir diskutierten über die Zukunft des Berufskollegs und ich kündigte mich direkt zum „Tag der offenen Tür“ an. Was die Schüler am Meisten interessierte: Wie viel verdienen Sie? Ist kein Geheimnis, steht alles auf meiner komplett überarbeiteten Homepage.

Auf www.baerbelbas.de gibt's jetzt die Rubrik „Gläserne Abgeordnete“, wo ich alle meine Einnahmen offenlege. Außerdem neu auf meiner Seite: mein Youtube-Kanal mit der ersten Plenarrede, alle Infos zu meinem Team und meiner Arbeit in Berlin. Und sehr wichtig: Die Seite ist jetzt barrierefreier. Viel Spaß beim Surfen.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf.

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607

Fax: 030 / 227 76607

Baerbel.bas@bundestag.de

www.baerbelbas.de